

## KGW's Rundschreiben

28.06.2016  
Seite 1 von 4

### Deutschland in Europa und der Welt

Am 23.06.2016 hat sich ein Großteil der britischen Bevölkerung mit dem BREXIT ökonomisch irrational entschieden. Im Vorfeld wurde orakelt, was künftig auf die Briten und die Europäische Union zukommen könnte. Bei der Brisanz dieses Themas muss man aber wertfrei feststellen, dass die Entscheidung der Briten für ihr eigenes Volk, sowie für die EU, ein schlechtes Geschäft ist. Die Engländer waren in der Vergangenheit sehr eng mit ihren europäischen Partnern (das gilt besonders für die Niederlande, Luxemburg aber auch Deutschland) verbunden. Durch den Austritt ist eine Phase der Unsicherheit in der Wirtschaft eingeläutet worden. Konsumenten und Investoren werden ihre Investitionen und Ausgaben wahrscheinlich erstmal zurückstellen. In der britischen Wirtschaft wird es künftig turbulent. Positiv für Großbritannien muss man aber anmerken, dass der Nettobeitrag des Vereinigten Königreiches von 0,5% vom BIP (Bruttoinlandsprodukt) entfallen wird. Der wirtschaftliche Austausch mit den anderen Mitgliedsländern wird wahrscheinlich jedoch erheblich beeinträchtigt. Wer die Möglichkeit hatte, US-Dollar und Euro zu kaufen, hat das vor der Abstimmung getan – uns das war gut so. Sofort nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses schrumpfte das Britische Pfund und wird weiter an Wert verlieren. Es gibt Banker, die prognostizieren schon heute einen Absturz der britischen Währung auf unter 1 Euro. Dann ist eine Kapitalflucht in andere Währungen die logische Folge. Die britische Notenbank wäre dann gezwungen, die Zinsen zu erhöhen. Das allerdings würde die Häuslebauer, die langfristige Hypotheken abzahlen müssen, erheblich schaden. Im Augenblick ist zwar nicht zu erkennen, dass andere EU-Staaten Austrittsabsichten haben, aber ein Dominoeffekt ist nicht auszuschließen. Erstmals in der Geschichte wächst die Gemeinschaft der EU nicht, sondern schrumpft ohne die Briten auf 27 Mitglieder. Man wird die Entwicklung abwarten müssen, kann aber heute schon sagen, dass in England nicht die wirtschaftliche Vernunft gesiegt hat. David Cameron hätte bekannt sein sollen: wer nach der Stimme des Volkes ruft, muss mit seiner Antwort leben.

Der EZB-Chef, Mario Draghi, hat sich als Ziel gesetzt, eine Inflationsrate von 2% zu erreichen. Heute kann man sagen, dass seine Geldflut die Zielerreichung verhindert hat. Mit 0,0% tritt er auf der Stelle. Zu Anfang des Jahres war der Ölpreis auf unter 30 Dollar pro Barrel gerutscht. Inzwischen allerdings ist er über 75% gestiegen und das kommt Mario Draghi bei der Ankurbelung der Inflationsrate sehr entgegen. Es gibt Prognosen, die für nächstes Jahr eine Steigerung auf 1,7% voraussagen und damit hätte er sein Ziel fast erreicht. Noch im März diesen Jahres hatte Draghi wegen des gefallen Ölpreises die Geldpolitik massiv gelockert. Anleihenkäufe im Wert von 80 Milliarden Euro im Monat sollten noch bis März 2017 laufen. Darüber hinaus kauft die EZB seit Anfang diesen Monats Anleihen von Unternehmen. Die Namen der Unternehmen, deren Anleihen sie kauft, veröffentlicht die EZB allerdings erst am 18.07.2016. Bisher hat die EZB die 6 nationalen Notenbanken mit den Käufen beauftragt. Zwischenzeitlich hat das Bundesverfassungsgericht den Anti-Krisen-Kurs der EZB gestützt und entschieden, dass er nicht gegen die Verfassung verstößt. Die Kläger (Bundestagsabgeordneter Peter Gauweiler, Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin und die Linken-Bundestagsfraktion) waren der Ansicht, dass die EZB ihr Mandat überschreitet und einige Staaten über die Notenpresse finanziert. Das würde einen Eingriff in die Wirtschaftspolitik souveräner Staaten darstellen. Das Urteil könnte bedeuten, dass die Deutsche Bundesbank, die in der Vergangenheit regelmäßig einen Überschuss erzielt hat (der in den Bundeshaushalt zurückfließt), künftig keinen Überschuss mehr erreicht, was sich negativ im Bundesetat niederschlagen würde. Befürworter des Anleihekaufprogramms weisen darauf hin, dass damit der Wirtschaft im Euroraum geholfen werden soll und nicht den Krisenländern. Kritiker allerdings bemerken, dass man wirtschaftspolitische Ziele verfolgt und hochverschuldeten (Süd-)Staaten den Zugang zu Krediten künftig nicht versperren will. Wenn man nach Amerika schaut, so ist die Politik der Fed (amerikanische Notenbank) darauf ausgerichtet, sich auf der Zinsleiter nach oben zu bewegen. Das setzt die EZB unter Druck, denn es wird deutsches und europäisches Kapital nach Amerika abgezogen. Es zeichnet sich schon heute ab, dass der Euro Opfer dieser Politik sein wird und künftig an Wert verliert.

In den Industriestaaten dreht sich die Schuldenspirale weiter nach oben. Die Länder der EU (namentlich Frankreich, Großbritannien, Italien) haben hohe Schulden und Defizite und ein Abschmelzen des Verschuldungsgrades ist auf längere Sicht nicht zu erkennen. Mit steigenden Staatsschulden sind Mittel gebunden, die zur Finanzierung von Inves-

titionen verwendet werden könnten. Sollten die Zinsen allerdings steigen (irgendwann wird das der Fall sein), sind zur Deckung steigender Kreditkosten höhere Steuern erforderlich. Um die Defizite zu verringern, muss die Politik entweder die Steuereinnahmen erhöhen oder die Ausgaben senken. In der EU scheint man den Stabilitätspakt für alle 19 Eurostaaten unterschiedlich anzusetzen. Kürzlich ließ sich Jean-Claude Juncker bei der Frage, warum man nicht gegen Frankreich vorgeht (weil es gegen den Stabilitätspakt verstößt), zur der Antwort hinreißen: „Weil es Frankreich ist.“ Europa hat sich zwar diesen Stabilitätspakt gegeben, aber noch nie Sanktionen wegen überhöhter Defizite verhängt. Es hat den Anschein, dass man auch weiter so verfahren wird. Damit muss man ganz klar erkennen, dass der Stabilitätspakt der Eurozone nicht hilft, damit einzelne Länder dem übergroßen Schuldendilemma entkommen. Auf Dauer ist der Pakt zum Scheitern verurteilt. Aber Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sowie Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem haben schon ein neues Konzept für die Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten. Es ist dann allerdings erforderlich, die Währungsunion neu aufzustellen, ihr einen eigenen Haushalt zu geben, zusätzliche Einnahmequellen aufzutun und das Ganze von einem europäischen Parlament kontrollieren zu lassen. Da aber die EU-Chefs und Finanzminister der einzelnen Länder mit ihrem entsprechenden Stab an ihrem nationalen Stuhl kleben bleiben möchten, wird man diese überfällige Reform noch geraume Zeit vor sich herschieben. Populisten in den einzelnen Ländern werden zu diesem Thema auch noch kritische Wortbeiträge haben.

Die Notenbanken versuchen auf unterschiedliche Art und Weise, die Nachfrageschwäche in den einzelnen Volkswirtschaften zu bekämpfen. Kredite zum Nulltarif, Notenbanken, die containerweise Schuldpapiere angehäuft haben, Sparer, die mit Strafabschlägen rechnen müssen, Ankauf von Staatsanleihen, was nicht viel anderes ist, als die Idee des „Helikoptergeldes“ (das Geld soll wie aus dem Hubschrauber über die Bürger ausgeschüttet werden), ist eine hochgradig unsolide Wirtschaftspolitik. Dass Wachstumsproblem soll mit immer mehr Schulden beseitigt werden. Abgesehen von den beiden Weltkriegen wächst die Wirtschaftsleistung seit Beginn des Industriezeitalters ununterbrochen. Die Menschen leben heute in einer materiellen Fülle, was sich vor 100 Jahren noch niemand vorstellen konnte. In einer solchen Situation wird der Mensch allerdings gierig, neigt zu übertriebenem Risiko und versucht, seinen unterschiedlichen „Wohlstandsstatus“ permanent zu verbessern. Eine Ära wie nach dem zweiten Weltkrieg, als der Massenwohlstand rapide nach oben ging, wird es wohl nicht mehr geben. Das Wachstum dieses Zeitabschnittes lag bei über 8% und ist bis zum heutigen Tage auf magere 1% geschrumpft. Wenn man die Messlatte schon ziemlich hoch gelegt hat, ist es schwierig, nochmals massiv aufzustocken. Legt man zum Beispiel für Güter und Dienstleistungen ein Sozialprodukt von 1.000 Milliarden zugrunde und steigert um 30 Milliarden, dann sind das 3%. Ist der Ausgangswert 2.000 Milliarden, erreicht man bei der gleichen Steigerung lediglich ein Plus von 1,5%, obwohl der Wohlstand erheblich vermehrt wurde. Es scheint in der Realität natürliche Grenzen zu geben, die auch mit großen Schulden und der Überflutung mit Notenbankgeld nicht zu überwinden sind. Wer glaubt, dass das Wachstum ewig ansteigt, muss einen sehr starken Glauben haben. Nehmen wir das Beispiel der digitalen Umwälzung. Unser Wohlstand wird dadurch erhöht, allerdings kann man das nicht in Prozentzahlen im Vergleich zum Wirtschaftswachstum ausdrücken. Viele Dienste, die in der Vergangenheit recht teuer waren, gibt es heute wesentlich billiger oder sogar kostenlos (denken wir dabei an gekaufte CD's, die man sich heute im Internet herunterladen kann). Wer sich früher ein Lexikon kaufte („Brockhaus“), hat heute die Möglichkeit, sich kostenlos etwas über Wikipedia oder Google herunterzuladen (und ist darüber hinaus immer brandaktuell). Wenn wir gut 25 Jahre zurück denken, war das Mobiltelefonieren ein Privileg für wenige. Heute haben wir kostengünstige Smartphones, die uns gleichzeitig als Navigationsgerät dienen und uns mit den vielen Apps innovative Vorteile verschaffen. Das große Schlagwort ist heute „Industrie 4.0“, bei der ganze Betriebe vernetzt sind. Das bedeutet zunächst mal keine Investitionen in Computerhardware, sondern in menschliche Intelligenz (Software/Personal). Auch das erscheint nicht als Messgröße im Sozialprodukt. Der Dortmunder Professor für Wirtschaftsjournalismus, Henrik Müller, nennt das „digitale Deflation“. Als weitere Erklärung für kleinere Wachstumsraten seien die Geburtenrückgänge angeführt oder die zunehmende Alterung in vielen Industriegesellschaften. Es gibt in der Informationstechnologie bahnbrechende Entwicklungen, aber das sorgt schlussendlich für bescheidenere Wachstumsraten. Unternehmen, die nicht wachsen, gehen ein. Das sollte aber Indikator für die Gewerkschaften sein, ihre Forderungen nach Lohnsteigerungen in Maßen zu halten. Vielmehr sollten die einzelnen Regierungen überfällige Reformen angehen und umsetzen. Wenn man das Wohlstandsniveau einzelner europäischer Staaten sieht, dann wäre Maßhalten im Sinne von Ludwig Erhardt keine unzumutbare Erwartung.

Schlussendlich sollten Notenbanken (und hier ist besonders die EZB angesprochen) aufhören, mit Geld zum Nulltarif staatliches Schuldenmachen zu fördern und unrealistischen Wachstumsraten hinterher zu rennen. Vielmehr sollte ver-

sucht werden, solider mit den Instrumenten, die zur Verfügung stehen, umzugehen. Wenn es kein Umdenken gibt, werden wir irgendwann vor einem endgültigen Crash stehen.

### Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Hersteller und Anbieter rost- und säurebeständiger Edelstähle klagen seit vielen Monaten über die ruinöse Situation am Markt. Die deutschen Stahlwerke beklagen in jüngster Zeit ziemlich lautstark die chinesische Billigkonkurrenz und den Emissionshandel. Dazu wurde von der Wirtschaftsvereinigung Stahl eine Studie beim Prognos-Institut in Auftrag gegeben. Die angeschlagene Stahlbranche wird danach ab 2023 nur noch Verluste schreiben und nicht mehr investieren können. Es werden über 50.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren und die Stahlindustrie wäre nur noch eine Randgröße. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass der Bedeutungsverlust der heimischen Stahlindustrie auch Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft hat (z.B. Maschinenbau und Automobilindustrie). Insgesamt rechnet Prognos mit einem Verlust von 380.000 Arbeitsplätzen, davon 250.000 aus dem Dienstleistungssektor, da weniger konsumiert oder transportiert werden würde. Aktuell werden Investitionen zurück gehalten und man wartet ab, welche politischen Gleise für die Zukunft gestellt werden.

### Die Rohstoffmärkte

Von Anfang diesen Monats bis heute hat sich der Nickelpreis nach oben entwickelt. Gewiss war die übermäßige Nachfrage nach Nickel nicht entscheidend, sondern in erster Linie die Entwicklung des US-Dollars, der die Rohstoffpreise wesentlich bestimmt. Darüber hinaus wurden die Nickelbestände an der LME abgebaut. Die Bestände an der Shanghai Future Exchange (SHFE) haben sich allerdings erhöht. Eine verstärkte Kaufbereitschaft bei Nickel ist am Markt nicht zu erkennen. Die kurzfristig veränderte Situation ruft aber gleich die International Nickel Study Group (INSG) auf den Plan, die für Ende dieses Jahres eine Angebotsdefizit von knapp über 7.000 Tonnen vorhersagen. Kommentar von uns: die Worte les' ich schon, jedoch mir fehlt der Glaube. Als Prognose für die nächste Zeit kann man sagen: erhöht sich die Nachfrage nach nickellegierten Stählen nicht massiv und wird der Bestand an Nickel nicht deutlich abgebaut, wird sich an der Marktsituation in nächster Zeit kaum etwas verändern.

Der Ferro-Chrom-Preis ist festgeschrieben und wird ca. Ende dieses Monats neu festgelegt. Eine wesentliche Veränderung ist nicht zu erwarten. Molybdän ist von Januar bis heute im Preis gestiegen, aber wesentliche Veränderungen bei den molybdänhaltigen Stählen sehen wir nicht.

Resümee: in nächster Zeit keine wesentlichen Veränderungen!

### Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
03.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
01.06.2016	1.1159	8.325	8.365	401.508	745	1.369
27.06.2016	1.0990	8.960	9.040	381.792	815	1.546

**Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder**

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410	418	448	459	↓				
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485	496	546	585	→				
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869	853	914	903	↑				
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817	804	861	853	↑				
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845	835	907	919	↑				
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191	1.172	1.289	1.334	↑				
4509	01/15 - 530	07/15 - 580	573	540	517	525	532	560	571	↑				
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646	659	730	798	↓				
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087	2.034	2.238	2.311	↑				
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207	1.187	1.305	1.349	↑				
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102	1.073	1.144	1.123	↑				

\*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

**Edelstahlschrott**

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190	210						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750	770						
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000	1.010						

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

**Das KGW-Team**